

WAHLEN 2009
Original sozial.

DIE LINKE.

Kreisverband Heidelberg/Rhein-Neckar

Unser Programm zur Kreistagswahl 2009 im Rhein-Neckar-Kreis

Unsere Themen:

- Wir verändern die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag Seite 3
- Für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung Seite 3
- Gegen die soziale Spaltung unserer Gesellschaft Seite 5
- Für gesellschaftliches Eigentum und gegen „Privatisierung“ Seite 7
- Für einen ökologischen Richtungswechsel Seite 9
- Für eine verantwortbare Finanzpolitik Seite 10
- Wer tritt zur Wahl an? Seite 11

Herausgeber

DIE LINKE. Kreisverband Heidelberg/Rhein-Neckar
c/o Heinrich Müller, Kreisvorsitzender (V.i.S.d.P.)
Lenastr. 2
69181 Leimen

Telefon: 0177 – 400 87 90
eMail: linke.rheinneckar@yahoo.de
Web: www.dielinke-rhein-neckar.de

Gestaltung: Carsten Labudda, Weinheim

Die LINKE tritt konsequent für eine sozial gerechte, solidarische und demokratisch-transparente Politik ein. Nicht nur im Bundestag oder Landtag, sondern auch im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises ist das dringend notwendig. Die unsoziale Politik der letzten Jahre war mehr an Profiten als an Menschen interessiert. Sie hat die Bürgerinnen und Bürger immer wieder wie unmündige Bittsteller behandelt, anstatt sie wirklich offen in demokratische Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Das wollen und werden wir ändern. Unser Politikansatz steht für einen grundlegenden Richtungswechsel – hin zu sozialer Solidarität und mehr Demokratie.

Wir verändern die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag

Die rechtskonservative Mehrheit im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises, die schon seit Jahrzehnten besteht, kann nur überwunden werden, wenn mit der LINKEN eine neue zusätzliche Partei in den Kreistag einzieht. Deshalb möchten wir um Ihre Stimme werben! Sorgen wir gemeinsam dafür, dass sich im Rhein-Neckar-Kreis etwas zum Positiven verändert! Andere Parteien denken fast nur noch an die Steigerung der „Wirtschaftlichkeit“. Für die Wähler haben sie wohlklingende Phrasen übrig, sagen aber nicht konkret, was denn nun anders gestaltet werden soll. Wir sagen konkret, was wir verändern möchten:

Konsequent für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung

Wir werden uns für eine deutliche Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Politiker sollen den Bürgerwillen nicht mehr einfach übergehen können. Dazu werden wir im Kreistag beantragen:

- Nicht nur alle Sitzungen des Kreistags sowie aller seiner Ausschüsse sollen grundsätzlich öffentlich sein, sondern auch alle Aufsichtsratssitzungen von privatrechtlich organisierten Gesellschaften, die sich mehrheitlich im Besitz des Rhein-Neckar-Kreises befinden. Das ist durch die Aufnahme entsprechender Bestimmungen in die Gesellschafterverträge zu gewährleisten. Die Bürger sollen überall teilnehmen können. Es muss Schluss damit sein, dass hinter verschlossenen Türen gekungelt wird.

- Alle Tagesordnungen, Protokolle, Anträge und Beschlüsse im Kreistag, seinen Ausschüssen sowie in den genannten Aufsichtsratssitzungen sind sofort auf der Homepage des Rhein-Neckar-Kreises der Öffentlichkeit ungekürzt zugänglich zu machen. Nur so haben Bürger die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren und ggf. Einwände gegen zweifelhafte Anträge rechtzeitig vorzubringen.
- Wir fordern den „gläsernen Kreistag“: Allen Bürgern soll auf Antrag umfassende Akteneinsicht gewährt werden, sofern nicht die Rechte Dritter verletzt werden.
- Es darf keinen weiteren Demokratie-Abbau geben, indem Kompetenzen des Kreistags in privatrechtlich organisierte Gesellschaften ausgelagert werden. Diese traurige Tendenz werden wir umkehren und rückgängig machen.
- Wir werden die Einrichtung einer Beratungsstelle des Kreises für die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden beantragen, an die sich alle Bürger wenden können. Sie sollen unterstützt werden, um in ihren Gemeinden Bürgerentscheide beantragen zu können.
- Die im Rhein-Neckar-Kreis aktiven Bürgerinitiativen sollen die Möglichkeit erhalten, Vertreter in einen „Rat der Bürgerinitiativen“ zu entsenden, der vom Kreistag als ein beratendes und regelmäßig zu hörendes Gremium anerkannt werden soll.
- Über einen Teil des Haushalts des Kreises sollten die Bürger frei entscheiden können, wie das Geld verwendet werden soll. Ein solcher „Bürgerhaushalt“ wird z.B. bereits in Freiburg und Berlin-Lichtenberg praktiziert – warum nicht auch auf Kreisebene im Rhein-Neckar-Kreis?
- Die Gemeinden des Kreises sollen unterstützt und angehalten werden, mindestens einmal jährlich eine Bürgerversammlung durchzuführen, damit die Bürger zu aktuellen kommunal-politischen Themen ihre Auffassung vertreten und der Gemeinde vermitteln können. Auch auf Kreisebene sollen regelmäßig Bürgerversammlungen angeboten werden.
- Im Jahr 2010 steht die Wahl eines neuen Landrats des Rhein-Neckar-Kreises an. Wir fordern, dass der Landrat direkt durch das Volk gewählt werden soll. So ist es – außer in Baden-Württemberg – bereits in anderen Bundesländern üblich. Der Landrat darf nicht einfach nur durch die „Obrigkeit“ eingesetzt werden, wie man es uns bis jetzt zugemutet hat. Der Kreistag soll einen Aufruf an die Landesregierung und an den Landtag verabschieden, ein Gesetz zur Direktwahl

der Landräte zu beschließen. So lange in Stuttgart dieses überfällige Gesetz noch nicht erlassen ist, soll der Rhein-Neckar-Kreis eine wahlähnliche Bürgerbefragung durchführen, welchen Kandidaten die Einwohner des Kreises gerne als Landrat hätten. Dieser Kandidat sollte dann auch tatsächlich als Landrat ernannt werden.

- Wir fordern das kommunale Wahlrecht für alle Einwohner des Rhein-Neckar-Kreises, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Wir hier lebt, soll auch mitwählen können. Es muss Schluss sein mit der Ausgrenzung von so vielen ausländischen Mitbürgern. So lange die Bundesregierung noch kein entsprechendes Gesetz beschlossen hat, sollte der Rhein-Neckar-Kreis mit gutem Beispiel voran gehen und auch alle ausländischen Mitbürger bei Bürgerbefragungen mit abstimmen lassen.
- Das Widerspruchsrecht von Bürgern gegen behördliche Bescheide des Kreises darf nicht abgeschafft werden. Sie dürfen nicht gezwungen werden, als einzige Möglichkeit des Widerspruchs gleich den Klageweg vor Gericht zu beschreiten. Entsprechende Pläne der Landesregierung in Stuttgart soll der Kreistag kritisieren und zurückweisen.

Konsequent gegen die soziale Spaltung unserer Gesellschaft

Wir wenden uns gegen die zunehmende soziale Ausgrenzung und Benachteiligung vieler Bevölkerungsschichten. Nicht Profite, sondern die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Dazu werden wir im Kreistag beantragen:

- Der Rhein-Neckar-Kreis darf keine Aufträge mehr an Firmen vergeben, die nicht bereit sind, ihre Mitarbeiter nach den geltenden Tariflöhnen zu bezahlen oder die den von uns geforderten Mindestlohn von 8,50 Euro / Stunde unterbieten wollen. Der Rhein-Neckar-Kreis darf keine Firmen mit Dumpinglöhnen fördern.
- Der Rhein-Neckar-Kreis muss seinen 2004 erklärten Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) rückgängig machen. Die Kreispolitiker haben damals durch den Austritt aus dem KAV versucht, die geltenden Tarifverträge zu unterlaufen. Ihr Ziel: Die Arbeiter und Angestellten des Kreises sollen weniger Lohn erhalten bzw. zu längeren Arbeitszeiten gezwungen werden. Das ist mit uns nicht zu machen. Wir werden dafür kämpfen, dass der Rhein-Neckar-Kreis dem KAV wieder beitrifft und angemessene Löhne zahlt.

- Der Rhein-Neckar-Kreis darf keine 1-Euro-Jobs mehr vergeben. Solche Beschäftigungsverhältnisse bedeuten die schamlose Ausbeutung von Menschen. Der Rhein-Neckar-Kreis muss anständige Löhne zahlen, er muss sich gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Hungerlöhne wenden.
- Der Rhein-Neckar-Kreis belegt die ohnehin schon um ein menschenwürdiges Leben kämpfenden Hartz-IV-Empfänger mit härtesten Auflagen und versucht so, sie zum Wegzug aus dem Rhein-Neckar-Kreis zu nötigen, damit der Kreis seiner sozialen Verantwortung für diese Menschen nicht mehr nachkommen muss. So sind die Mietzuschüsse des Kreises für Hartz-IV-Empfänger so gering, dass sie in den vielen Gebieten des Kreises keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden können und faktisch vertrieben werden. Mit diesem unanständigen, rücksichtslosen Verhalten des Kreises muss endlich Schluss sein! Sozial schwächer gestellte Menschen dürfen nicht ausgegrenzt werden, sie verdienen unsere Unterstützung. Wir fordern höhere Miet- und Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Privathaushalte, die der Kreis auch ohne weiteres zu zahlen in der Lage ist. Der Kreis darf sich nicht um seine soziale Verantwortung drücken!
- Hartz-IV-Empfänger und Geringverdiener sollen den öffentlichen Nahverkehr kostenlos nutzen dürfen und vergünstigte Eintritte in Schwimmbädern, Theatern und anderen öffentlichen Einrichtungen bekommen. Hier könnte man sich etwa am Berliner Sozialticket ein Beispiel nehmen. Wir unterstützen auch die Initiative „Metropoliticket Plus“. Die soziale Ausgrenzung von Hartz-IV-Empfängern muss auf jeden Fall beendet werden. Wenn sie wieder besser in die Gesellschaft integriert werden sollen, muss ihnen die Teilhabe am öffentlichen Leben durch eine entsprechende Förderung ermöglicht werden. Die dazu notwendigen Geldmittel sind lächerlich im Vergleich zu den Beträgen, die jedes Jahr an die Einkommensmillionäre im Rhein-Neckar-Kreis verschenkt werden, indem für sie der Spitzensteuersatz gesenkt wurde. Das ist einfach unsozial.
- Allein in Heidelberg leben nachweislich 2700 Kinder an der Armutsgrenze. Noch viel mehr sind es im Rhein-Neckar-Kreis. Wir brauchen dringend ein Sofortprogramm gegen Kinderarmut, an dem sich auch der Kreis beteiligen muss. Dazu gehört zum Beispiel ein kostenloses, vollwertiges und gesundes Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien, das an den Schulen zur Verfügung gestellt werden soll.
- Immer häufiger kommt es vor, dass Schulbusse hoffnungslos überfüllt sind. Teilweise müssen die Schüler sogar beim Busfahrer vor der Absperrung stehen.

Das sind unhaltbare Zustände, die ein hohes Unfallrisiko darstellen. Wir wollen nicht warten, bis es Verletzte oder Tote gibt. Deshalb treten wir für eine ausreichende Bereitstellung von Schulbussen ein. Außerdem muss vielerorts die Abstimmung zwischen Schulzeiten und Fahrtzeiten der Busse deutlich verbessert werden.

- Die öffentliche Unterstützung von Vereinen, insbesondere im sportlichen Bereich, darf sich nicht auf wenige Prestigeprojekte beschränken. Wir treten für eine transparente und breite Streuung der Mittel ein, damit diese möglichst vielen Sportarten zugute kommen.

Konsequent für gesellschaftliches Eigentum und gegen „Privatisierung“

Die aktuelle Finanzkrise zeigt uns, wohin ungezügelter Kapitalismus und die „Privatisierung“ von öffentlichem Eigentum – um des lieben Profits willen – führen. Anfangs hieß es noch, durch „Wettbewerb“ und „Privatisierung“ werde alles besser. Doch mittlerweile ist bekannt, was von den Versprechungen so genannter „Investoren“ zu halten ist. Höhere Preise und Gebühren, schlechterer Service, rücksichtslose Ausnutzung von Angebotsmonopolen, weniger demokratische Kontrolle, schlechtere Arbeitsverhältnisse – all das ist in vielen Orten heute traurige Realität. Die Bilanz von Privatisierungen ist erschreckend negativ. Wir setzen uns deshalb für den sofortigen Stopp aller Privatisierungsvorhaben des Rhein-Neckar-Kreises ein. Gleichzeitig sind wir für die Rückführung aller bereits privatisierten Bereiche der Daseinsfürsorge (Gesundheitswesen, Schulen, Strom- und Wasserversorgung, Müllabfuhr, Nahverkehr etc.) unter demokratisch-gesellschaftliche Kontrolle. Dazu werden wir im Kreistag beantragen:

- Die fortschreitende Privatisierung der Kreiskrankenhäuser in Sinsheim, Weinheim, Eberbach und Schwetzingen muss gestoppt und rückgängig gemacht werden. Sonst wird die medizinische Versorgung für die Bevölkerung immer schlechter. Wir sind durchaus für verschiedene Trägerschaftsmodelle offen und begrüßen beispielsweise das Modellprojekt in Spremberg (Brandenburg), wo das Krankenhaus durch einen gemeinnützigen Förderverein als Gesellschafter getragen wird, dessen Mitglieder zu 90 % Mitarbeiter des Krankenhauses sind. Man darf die Gesundheitsversorgung aber nicht profitorientierten Konzernen ausliefern!

- Nicht nur die Privatisierung der Deutschen Bahn hat negative Folgen für unser Gemeinwesen. Auch die vom bisherigen Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises vorangetriebene Privatisierung einzelner Buslinien des öffentlichen Nahverkehrs gerät den Bürgerinnen und Bürgern zum Nachteil, weil die vermeintlichen „Investoren“ wieder nur versuchen, Profit aus der ganzen Sache heraus zu schlagen. Wir werden uns entschieden dafür einsetzen, diese Privatisierungen rückgängig zu machen und weitere zu verhindern.
- Besonders schlimm ist der Ausverkauf kommunaler Wohnungen an dubiose Konzerne. In Heidelberg konnte die LINKE im Jahr 2008 bereits die „Privatisierung“ der städtischen Sozialwohnungen im Stadtteil Emmertsgrund erfolgreich durch ein Bürgerbegehren verhindern, zusammen mit anderen Bündnispartnern. Über 82 % der abstimmenden Heidelberger sprachen sich beim Bürgerentscheid am 13. Juli 2008 gegen den Verkauf der Wohnungen aus. Auch in anderen Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises wird die LINKE aktiv werden, wenn dort Pläne zum Verkauf des kommunalen Wohnungsbestands bekannt werden sollten. Eine starke Stimme im Kreistag ist dazu hilfreich.
- In letzter Zeit sind auch immer mehr Schulen durch Privatisierungspläne bedroht, so z.B. in Eppelheim. Wir sagen: Schulen dürfen nicht kommerzialisiert werden! Bildung ist ein öffentliches Gut, sie soll nicht zur Handelsware werden.
- Auch das lokale Handwerk wird durch Privatisierungsprojekte, die sich immer nur um Großkonzerne drehen, massiv geschädigt. Wir fordern, dass Klein- und Kleinstbetriebe mit bis zu 30.000 Euro Gewerbeertrag pro Jahr dadurch entlastet werden sollen, dass sie von IHK-Beiträgen befreit werden.
- Mittelständische Unternehmen und Kleinbetriebe sind für unsere Region ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Vergabeverfahren bei Ausschreibungen für öffentliche Aufträge müssen deshalb transparent sein und bevorzugt lokalen Unternehmen zugute kommen.

Konsequent für einen ökologischen Richtungswechsel

Im Bereich der Ökologie liegt in unserer Region leider Vieles im Argen. Auch hier braucht es einen „frischen Wind“ im Kreistag und eine Energiewende, um unsere Kinder und Enkel vor den Folgen einer verantwortungslosen Umweltpolitik zu schützen. Wir werden im Kreistag beantragen:

- Der Rhein-Neckar-Kreis muss alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, um den geplanten Bau eines neuen Kohlekraftwerks („Block 9“) in Mannheim zu verhindern. Denn die Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke macht nicht an der Mannheimer Stadtgrenze halt. Sie ist eine der Hauptursachen für den weltweiten Klimawandel. Deshalb hat sich die LINKE auch aktiv an der Bürgerinitiative gegen diesen unverantwortlichen Kraftwerksbau beteiligt.
- Der Rhein-Neckar-Kreis muss die Energiegewinnung aus alternativen, regenerativen Energieträgern viel stärker fördern. Gerade unsere Region bietet dazu viele Möglichkeiten, die bis jetzt noch zu wenig genutzt werden. Im Oberrheingraben ist die Nutzung von Erdwärme besonders effektiv – aber bislang vernachlässigt. Unsere Region zählt zu den sonnenscheinreichsten in ganz Deutschland – trotzdem steckt die Nutzung der Sonnenenergie bei uns noch immer in den Kinderschuhen. Wir fordern den Kreistag dazu auf, nach dem südbadischen Beispiel des Fördervereins Zukunftsenergie SolarRegio e.V., der am Kaiserstuhl schon zahlreiche Solarkraftwerke errichtet hat, die dezentrale Nutzung der Sonnenenergie viel stärker zu fördern und dazu ein Zukunftsinvestitionsprogramm aufzulegen.
- Es ist untragbar, dass auf Feldern bei Ladenburg trotz massiver Proteste der Bevölkerung immer noch mit genetisch manipuliertem Mais herumexperimentiert wird. Da die gesundheitlichen Risiken dieser Genmanipulationen noch unklar sind, wird hier wieder einmal aus reinen Profitinteressen die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert völlig zu Recht die sofortige Einstellung dieser Gen-Experimente bei Ladenburg. Dafür wird die LINKE mit großem Nachdruck auch im Kreistag eintreten.

Konsequent für eine verantwortbare Finanzpolitik

Der Rhein-Neckar-Kreis ist heute mit 106 Millionen Euro verschuldet. Noch im Jahr 2002 betrug die Verschuldung des Kreises erst 68 Millionen Euro. Hauptgrund für die zunehmende Verschuldung sind teure Großprojekte, deren Kosten entgegen den ursprünglichen Planungen völlig aus dem Ruder laufen. So wird z.B. der Bau des Straßentunnels bei Neckargemünd mit über 50 Millionen Euro zu Buche schlagen. Die Fehlplanungen bei Großprojekten sollen dann die Bürgerinnen und Bürger durch Kürzungen bei den sozialen Leistungen ausbaden. So geht das nicht. Im Kreistag werden wir uns für eine wesentlich sorgfältigere Kostenplanung einsetzen. Im Zweifel muss die Sozialpolitik Vorrang vor Großprojekten haben.

Yes – we can! ☺

Wenn auch Sie mit der aktuellen Politik von CDU, FDP und SPD nicht mehr einverstanden sind und auch den Grünen nicht mehr die nötige Kraft zum Richtungswechsel zutrauen – dann haben Sie bei der Kreistags- und Europawahl am 7. Juni die Möglichkeit **original sozial** zu wählen: **DIE LINKE**.

Wir treten in allen 16 Wahlkreisen des Rhein-Neckar-Kreises zur Kreistagswahl an. Die Unterstützung für DIE LINKE ist bereits so stark, dass insgesamt 124 Kandidatenplätze mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus der Region besetzt werden konnten.

Einige davon wollen wir Ihnen auf der folgenden Seite vorstellen:



Ursula Prandhoff

Gewerkschafterin

kandidiert im Wahlkreis
Schriesheim

„Die verfehlte Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre muss korrigiert werden. Wer den sozialen Zusammenhalt zerstört, gefährdet unsere Demokratie.“



Dr. Edgar Wunder

Sozialwissenschaftler

kandidiert im
Wahlkreis Sandhausen

„Eine andere Politik ist möglich. Es geht nicht, dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden. Das werden wir ändern.“



Carsten Labudda

Literaturwissenschaftler

kandidiert im Wahlkreis
Weinheim

„Demokratie heißt, dass die Bürger bestimmen, was die Politik tut. Deshalb brauchen wir mehr Transparenz und Volksentscheide auch auf der Kreisebene.“



Heike Iz

Ärztin

kandidiert im
Wahlkreis Walldorf

„Wir stehen für eine Kommunalpolitik, die integriert statt ausgrenzt. Die Bedürfnisse der Menschen müssen Vorrang haben vor der Gier nach Profit.“



Heinrich Stürtz

Jurist

kandidiert im Wahlkreis
Schwetzingen

„Die neoliberale Politik der letzten Jahre hat die gegenwärtige Wirtschaftskrise ausgelöst und immer weiter angeheizt. Die etablierten Parteien, die uns in diese Krise geritten haben, haben jedes Vertrauen verspielt.“



Jürgen Gulden

Rentner

kandidiert im Wahlkreis
Hemsbach

„Diese ungerechte, verfehlte Sozialpolitik muss endlich beendet werden. Die Menschen müssen wieder in Achtung ihrer Menschenwürde leben können. Hartz IV muss weg. Dafür werde ich kämpfen.“

Am 07. Juni 2009:

DIE LINKE. wählen!

www.dielinke-rhein-neckar.de